

München, 13.04.2016

Moscheenfinanzierung: Scheuers Vorschlag führt nicht zum Ziel

Migrationspolitischer Sprecher Arif Taşdelen fordert Staatsvertrag, um die Abhängigkeit der Moscheen von ausländischen Geldgebern zu durchbrechen

Der migrationspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, **Arif Taşdelen**, hält den Vorstoß von CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer für ein Islamgesetz für nicht Ziel führend: "Die Abhängigkeit der Moscheen von ausländische Geldgeber ist nur dann zu durchbrechen, wenn wir in Deutschland selbst eine finanzielle Basis für die Moscheen schaffen", erklärt der Nürnberger Abgeordnete. Das könnte in Bayern beispielsweise in Form eines Staatsvertrages mit den islamischen Gemeinden sehr gut geregelt werden. Dieser würde dann mit Geld hinterlegt.

Taşdelen bedauert, dass es derzeit in Bayern überhaupt keine Förderung der Moscheen gibt: "Dadurch bringen wir diese Gemeinden erst in die Abhängigkeit von Geldgebern aus dem Ausland." So seien viele Gemeinden, die sich keinen eigenen Imam leisten können, auch auf einen Geistlichen, beispielsweise aus der Türkei, angewiesen.

Wichtig sei auch der islamische Religionsunterricht in deutscher Sprache als Regelunterricht an Schulen im Freistaat. Dafür gebe es allerdings derzeit zu wenige Lehrer, weil dieses Fach nur als Modellprojekt angeboten wird. "Dadurch machen wir diesen Studiengang für Studenten unattraktiv, weil er keine Berufsperspektive bietet." Niemand müsse sich zudem wundern, wenn viele Eltern ihre Kinder in Moscheen schicken, denn das Angebot an Islamunterricht sei bei weitem nicht ausreichend. Von 100.000 muslimischen Schülern würden derzeit knapp 15.000 erreicht, erklärt der Migrationssprecher.